

Organe

Aufsichtsrat

Bernd Zens

Königswinter

Vorsitzender

Mitglied der Vorstände
DEVK Versicherungen

Regina Rusch-Ziemba

Hamburg

Stellv. Vorsitzende

Stellv. Vorsitzende der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Dr. Wolfgang Bohner

Berlin

Leiter Finanzen und Treasury (FF)
Deutsche Bahn AG

Sigrid Heudorf

Frankfurt am Main

Bereichsleiterin

Personalmanagement und -services
BMW Group
(bis 31. Dezember 2018)

Klaus-Dieter Hommel

Großefehn-Felde

Stellv. Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Dr. Klaus Linde

Brühl

Leiter Beschäftigungsbedingungen,
Sozialpolitik und Personal Konzern-
leitung (HB) Deutsche Bahn AG
(ab 1. Januar 2019)

Claus Weselsky

Leipzig

Bundvorsitzender der
Gewerkschaft Deutscher
Lokomotivführer (GDL)

Vorstand

Joachim Gallus

Köln

Birgit Großmann

Berlin

Stellv. Vorstandsmitglied

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die DEVK Pensionsfonds-AG bietet beitragsbezogene Pensionspläne mit Zusage einer Mindestleistung im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG sowie Übertragungen von Versorgungswerken im Rahmen von § 3 Nr. 66 EStG an.

Das Geschäftsfeld umfasst insbesondere einen Teil der betrieblichen Altersversorgung der Deutschen Bahn AG. Bestand und Neugeschäft haben deshalb einen hohen Anteil an arbeitgeber-/arbeitnehmerfinanzierten Verträgen der Deutschen Bahn AG.

Verbundene Unternehmen

Verbundene Unternehmen der DEVK Pensionsfonds-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,

und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das zu 100 % eingezahlte Grundkapital wird von der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit Wirkung ab 1. Januar 2013 besteht, zu 100 % gehalten.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Auf Grund eines Generalagenturvertrags werden die Funktionen der Vertragsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben von dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. übernommen.

Die allgemeinen Betriebsbereiche Rechnungswesen, Inkasso, EDV, Vermögensanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht unseres Unternehmens.

Die DEVK Pensionsfonds-AG hat separate Mietverträge und verfügt gemäß ihrer Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Die Im Bericht mit ¹ gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Politische Risiken waren in 2018 weiterhin der beherrschende Faktor an den Finanzmärkten. Hinzu kamen zum Ende des Jahres 2018 konjunkturelle Sorgen. Der US-Präsident blieb beim Thema Handel mit China, aber auch der europäischen Automobilindustrie gegenüber unnachgiebig. Die zunehmende Eskalation im Handelsstreit sowie die US-Dollar-Stärke führten insbesondere in einigen Emerging Market-Ländern zu Problemen. Neben der Türkei und Argentinien waren dies auch Länder wie Südafrika und Indonesien. Insgesamt agierten Investoren gegen Ende 2018 deutlich risikoaverser als zu Beginn des Jahres.

Innerhalb des Euroraumes ging in 2018 eine hohe Unsicherheit von der Haushaltspolitik der neuen italienischen Regierung aus. Diese weigerte sich, die Vereinbarungen zur Neuverschuldung der früheren Regierung mit der EU einzuhalten. Gleichzeitig zeigten verschiedene Vorlauf-Indikatoren Abschwächungen, wie beispielsweise der Einkaufsmanagerindex im verarbeitenden Gewerbe für Italien, der nach einem deutlichen Rückgang innerhalb des Jahres Ende 2018 unter der 50 Punkte-Schwelle lag. Insgesamt führte diese Entwicklung im Laufe des Jahres 2018 zu einer deutlichen Ausweitung der Spreads italienischer Staatsanleihen zu deutschen Staatsanleihen.

Bezüglich des Themas Brexit war das Jahr 2018 von unterschiedlichen Aussagen geprägt. Zwischenzeitlich schien eine gemeinsame Austrittsvereinbarung nicht möglich zu sein. Im November 2018 einigten sich dann die EU und Großbritannien doch auf eine solche. Allerdings wurde diese Vereinbarung vom britischen Parlament abgelehnt und muss nun in geänderter Form in 2019 mit völlig unklaren Erfolgsaussichten beschlossen werden. Zum Ende 2018 waren sowohl ein harter oder weicher Brexit als auch ein neues Brexit-Referendum möglich und diese Unsicherheit hält auch in 2019 weiter an. Bis zum Zeitpunkt der Berichterstellung ist kein Ende der Brexit-Unsicherheit mit den entsprechenden Risiken auf die Währungs- und Aktienmärkte aber auch die Konjunktur allgemein in Europa abzusehen.

Auch in Deutschland zeigten sich im zweiten Halbjahr 2018 Anzeichen einer Abschwächung der Konjunkturentwicklung. So entwickelten sich die Auftragseingänge der deutschen Industrie im Hinblick auf Auslandsbestellungen rückläufig, der Ifo-Index fiel deutlich und das BIP-Wachstum im dritten Quartal 2018 war sogar negativ. Der Konjunkturröhepunkt scheint im Euroland in 2018 überschritten worden zu sein. Von Bloomberg befragte Volkswirte senkten ihre Wachstumsaussichten für das BIP in Deutschland innerhalb 2018. Im vergangenen Jahr stieg das deutsche BIP schließlich um 1,5 % nach 2,2 % im Vorjahr. Für 2019 wird nur noch ein BIP-Wachstum von 1,3 % erwartet.

Die Geldpolitik hatte auch in 2018 einen deutlichen Einfluss auf die Kapitalmärkte. Die EZB hat auf ihrer Sitzung im Juni 2018 die Erwartung geäußert, dass die aktuellen Zinssätze mindestens bis Ende des Sommers 2019 Bestand haben. Die Anleihekäufe wurden ab Oktober auf 15 Mrd. € halbiert und endeten nach Dezember 2018 ganz. Fällige Anleihen im Bestand der EZB

werden jedoch weiter reinvestiert. Die amerikanische Fed erhöhte dagegen in 2018 weiter den Leitzins insgesamt viermal auf einen Korridor von 2,25 % bis 2,50 %.

Trotz eines zumindest vorübergehenden Anstiegs der Inflation im Euroland haben sich die Renditen am Eurozinsmarkt in 2018 am Beispiel des 10-jährigen Euro-Swapsatzes von ca. 0,9 % auf leicht über 0,8 % zum 31. Dezember 2018 verringert. Zeitweise lag der Wert allerdings bei fast 1,2 %. Die Zinsstrukturkurve im Bereich der Euro-Swaps ist unverändert im hinteren Bereich sehr flach, teilweise sogar leicht invers. Die Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen sind in 2018 konjunkturbedingt deutlich angestiegen.

Insbesondere ab dem dritten Quartal 2018 verlor der DAX deutlich an Wert und schloss Ende 2018 mit 10.558,96 Punkten nahe am Jahrestief vom 27. Dezember 2018. Ausschlaggebend dafür waren eine Manifestierung der politischen Risiken sowie eine konjunkturelle Abschwächung. Auffällig war, dass sich der Rückgang zunächst vergleichsweise langsam und ohne eine deutliche Erhöhung der Volatilität an den Aktienmärkten vollzog. Im Dezember 2018 stieg die Volatilität dann steil an. Für das Gesamtjahr 2018 war ein Rückgang des DAX um 18,3 % und damit der erste Jahresrückgang seit 2011 zu verzeichnen.

Im Vergleich zu den meisten Währungen hat der Euro nach einem anfänglichen Anstieg in 2018 an Wert verloren. Die Zinsdifferenz auf Grund der unterschiedlichen Geldpolitik und konjunkturellen Situation zwischen Europa und den USA dürften hierzu maßgeblich beigetragen haben. Der Euro/USD-Wechselkurs bewegte sich in 2018 zwischen 1,12 und 1,25 (Jahresendkurs: 1,15). Das britische Pfund bewegte sich je nach Nachrichtenlage zum Brexit seit Jahresanfang zwischen 0,86 und 0,91 zum Euro (Jahresendkurs: 0,90).

Die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) organisierten 16 Pensionsfonds konnten in 2018 erwartungsgemäß an das in 2017 erzielte Wachstum an gebuchten Bruttobeiträgen nicht anschließen.

Die gemeldete Beitragssumme sank 2018 durch den Wegfall des einmaligen Sondereffektes aus 2017 um 50,1 % auf 0,75 Mrd. € (Vorjahr 1,52 Mrd. €).

Das Bestandswachstum liegt branchenweit bei 6,5 % und ist im Vergleich zum Vorjahreswert (4,9 %) wieder angestiegen.

Die Anzahl der Versorgungsverhältnisse in der Leistungsphase wuchs im Berichtszeitraum um rund 5,6 % und liegt damit um 3,2 Prozentpunkte niedriger als der Vorjahreswert (8,8 %). Die Leistungsauszahlungen bei den betrachteten Pensionsfonds beliefen sich auf insgesamt 538,1 Mio. € (Vorjahr 416,2 Mio. €). Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr beträgt somit 29,3 %.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung 2018 war zufriedenstellend.

Die Anzahl der Versorgungsverhältnisse ist im Geschäftsjahr 2018 um 7,3 % gestiegen. Die Beitragseinnahmen sind um 6,0 % (Vorjahr 6,7 %) angestiegen.

Die Aufwendungen für Versorgungsleistungen und den Pensionsfondsbetrieb sind im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr um 10,2 % gesunken. Ursächlich hierfür ist der Wegfall von Sondereffekten aus dem Vorjahr.

Träger des Neugeschäfts sind beitragsbezogene Pensionspläne im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG.

Neuzugang und Bestand

Im Berichtsjahr waren 15.190 Zugänge im Anwärter- bzw. Rentnerbestand (Versorgungsverhältnisse) zu verzeichnen (Vorjahr 10.541). Die Entwicklung entsprach – wie in den Vorjahren – den Erwartungen.

Der Anwärterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr positiv (+5,6 %). Der Bestand umfasst 243.537 Verträge für 164.639 Personen in der Anwartschaft, davon 121.773 Männer und 42.866 Frauen (Vorjahr 155.902, davon 115.313 Männer und 40.589 Frauen).

Der Bestand an Versorgungsverhältnissen im Rentenbezug stieg um 23,4 % auf 3.534 laufende Renten (Vorjahr 2.863). Die Möglichkeit einer vorzeitigen Inanspruchnahme der Rentenleistung zum 63. Lebensjahr ist inzwischen der Regelfall.

Ca. 96 % des Bestandes und ca. 98 % des Neugeschäfts resultieren aus Versorgungsbeiträgen im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen (der sogenannten 2,2 %-Regelung) sowie aus Entgeltumwandlung von Mitarbeitern der Deutschen Bahn AG.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Pensionsfondstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	7.977	8.916	-939
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	7.305	9.664	-2.359
Nichtpensionsfondstechnisches Ergebnis	-471	319	-790
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	201	-429	630
Steuern	1	-629	630
Gewinnabführung	200	200	-
Jahresüberschuss	-	-	-
Einstellung in die gesetzliche Rücklage	-	-	-
Bilanzgewinn	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge nahmen um 8,0 Mio. € zu und belaufen sich per Jahresultimo auf 142,3 Mio. € (Vorjahr 134,3 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutet dies einen Anstieg um 6,0 %. Diese Entwicklung deckt sich mit den Erwartungen.

Versorgungsfälle

Die Aufwendungen für Versorgungsfälle waren rückläufig und lagen für das Kalenderjahr 2018 mit 22,6 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert von 25,8 Mio. €. Ursächlich für den Rückgang war in diesem Geschäftsjahr der Wegfall von Sondereffekten.

Im Jahr 2018 nutzten ca. 60 % der Versorgungsempfänger die mögliche Teilkapitalauszahlung von bis zu 30 % bei Rentenübergang.

Kosten

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betragen insgesamt 3,1 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €). Davon entfielen 1,3 Mio. € auf Abschlusskosten (Vorjahr 1,6 Mio. €).

Kapitalerträge

Das Netto-Kapitalanlageergebnis betrug im Berichtsjahr 23,0 Mio. € (Vorjahr 25,0 Mio. €) und ist etwas stärker als erwartet gesunken. Der Rückgang resultiert aus gestiegenen außerordentlichen Verlusten. Durch Umstellung der Kundenfonds ergaben sich niedrigere laufende Fondserträge, aber dafür höhere außerordentliche Gewinne. Insgesamt sank die Nettoverzinsung in 2018, verstärkt durch den erwarteten Anstieg des Kapitalanlagevolumens, deutlich und damit stärker als erwartet.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Rohüberschuss betrug im Berichtsjahr 7,5 Mio. € (Vorjahr 9,9 Mio. €). Hiervon wurden 7,3 Mio. € der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Damit wurden 97,3 % (Vorjahr 98,0 %) des Rohüberschusses für die Überschussbeteiligung der Versorgungsberechtigten verwendet.

Auf Grund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurden 200 Tsd. € an die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG abgeführt (Vorjahr 200 Tsd. €).

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die zur Bestreitung der laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine laufende Liquiditätsplanung, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt, gewährleistet. Der Gesellschaft fließen durch laufende Beitragseinnahmen, durch die Kapitalanlageerträge und durch den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 22,2 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Solvabilität

Bei den Eigenmitteln, die gemäß § 213 VAG zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nachzuweisen sind, ist eine deutliche Überdeckung gegeben.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	840.750	726.249	114.501
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern	264.788	293.131	-28.343
Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft	360	313	47
Sonstige Forderungen	2.560	8	2.552
Zahlungsmittel	133	114	19
Übrige Aktiva	623	598	25
Gesamtvermögen	1.109.214	1.020.413	88.801
Eigenkapital	14.334	14.334	-
Pensionsfondstechnische Rückstellungen	829.251	711.162	118.089
Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	264.788	293.131	-28.343
Andere Rückstellungen	473	489	-16
Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft	160	193	-33
Übrige Passiva	208	1.104	-896
Gesamtkapital	1.109.214	1.020.413	88.801

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds umfassten zum Jahresende einen Bestand in Höhe von 840,7 Mio. € (Vorjahr 726,2 Mio. €).

Hinzu kommen 264,8 Mio. € an Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Vorjahr 293,1 Mio. €). Hier schlagen sich erwartungsgemäß die Entwicklung der Beitragseinnahmen positiv und die Veränderung der Kapitalmärkte negativ nieder.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden. Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 23 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch anschaulich messbar. In Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 3. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Kundenzufriedenheitsindex	2017	2018
Ist	737 Punkte	746 Punkte
Ziel	740 Punkte	740 Punkte

Für 2019 wurden 749 Punkte als Zielwert festgelegt.

Mitarbeiterzufriedenheit¹

Der DEVK ist die Meinung ihrer Mitarbeiter wichtig. Die Zufriedenheit der Mitarbeiter mit ihrem Arbeitskontext sowie mit ihren Führungskräften, Kollegen, Aufgaben und der Unternehmenskultur ist das Herzstück der Arbeitgeberattraktivität.

2018 wurde mittlerweile die vierte unternehmensweite Mitarbeiterbefragung im Innen- und angestellten Außendienst der DEVK durchgeführt. Die Beteiligungsquote war mit 81 % erneut überdurchschnittlich. Im Ergebnis ist die DEVK beim Index „Engagement und Begeisterung“ auf einem guten Niveau. Die Bindung der Mitarbeiter zur DEVK ist sehr ausgeprägt und liegt deutlich über dem Benchmark. 2019 wird wieder eine unternehmensweite Kurzbefragung stattfinden.

Mitarbeiterzufriedenheitsindex	2017	2018
Ist	773 Punkte	775 Punkte
Ziel	790 Punkte	775 Punkte

Für 2019 wurden 777 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2018 zufriedenstellend entwickelt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Auch wenn das zum 1. Januar 2018 eingeführte Betriebsrentenstärkungsgesetz unsere Geschäftstätigkeit nicht maßgeblich beeinflusst hat, bietet der Markt für betriebliche Altersversorgung, insbesondere auch für den DEVK-Pensionsfonds, weiterhin stabile Absatzmöglichkeiten.

Durch die hohe Produktflexibilität und die marktgerechte Anpassung unserer Pensionspläne erwarten wir auch künftig eine Ausweitung unserer Geschäftstätigkeit in unserem Hauptkundensegment.

Für die Folgejahre wird weiter mit einem positiven Neugeschäft über Vorjahresniveau gerechnet. Dieses wird, wie bereits in den Vorjahren, vornehmlich aus der tarifvertraglich vereinbarten betrieblichen Altersvorsorge der Deutsche Bahn AG resultieren.

Es ist davon auszugehen, dass die Beitragseinnahmen für das Jahr 2019 wieder über dem Vorjahr liegen werden. Basis hierfür ist das Neugeschäft durch die Deutsche Bahn AG (Neueinstellungen und neue tarifliche Regelungen).

Die DEVK erwartet für 2019 vergleichsweise volatile Kapitalmärkte und weiter bestehende Risiken für die Konjunkturentwicklung. Die fortdauernden politischen Risiken beim Thema Handel bzw. Strafzölle zwischen den USA und China sowie den USA und der EU spielen dabei genauso eine wichtige Rolle wie der Austritt Großbritanniens aus der EU und die politische Entwicklung in Italien. Für Italien ist die weiter ansteigende Staatsverschuldung angesichts der Abweichung vom ursprünglichen mit der EU abgestimmten Haushaltsplan ein kritischer Faktor. In der Eurozone, aber auch global (z. B. in China), besteht weiterhin das Risiko einer stärkeren Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung, welche mit dem dritten Quartal 2018 begonnen hat.

Angesichts steigender Konjunktursorgen und unverändert niedrigen Inflationsraten im Euroland erwarten wir derzeit kein nachhaltig steigendes Zinsniveau für die nächsten Jahre. Zwar ist eine erste EZB Zinserhöhung in 2019 oder zumindest 2020 nicht auszuschließen, diese dürfte dann aber relativ gering ausfallen, um die Konjunktur möglichst nicht negativ zu beeinflussen. Eine Entwicklung vergleichbar mit dem US-Zinsmarkt (10 Jahre US-Staatsanleihen Ende 2018 2,7 % vs. Bund 10 Jahre 0,2 %) erscheint derzeit kurzfristig sehr unwahrscheinlich. Etwas anderes kann für die Unternehmensanleihen und Anleihen von Schuldner mit schlechter Bonität gelten. Hier können die Spreads durchaus weiter ansteigen. Für die Fed wird in 2019 laut Marktkonsens inzwischen nur noch mit einer oder sogar keiner weiteren Zinserhöhung statt noch im dritten Quartal 2018 drei bis vier weiteren Zinserhöhungen um jeweils 0,25 Prozentpunkte gerechnet, abhängig von der Entwicklung der Inflation und Konjunktur in 2019. Der Zinserhöhungszyklus in den USA sollte sich also abschwächen oder bereits zu Ende sein. Weiter steigende Risikoaufschläge für Unternehmensanleihen halten wir wie schon in 2018 auch in der nahen Zukunft für möglich. Neben konjunkturellen Risiken ist insbesondere auch hier zu beachten, dass das Aufkaufprogramm der EZB nach aktuellem Stand in 2019 als Stützung für Unternehmensanleihen entfällt.

Bezogen auf die wirtschaftliche Situation in den USA und im Euroland haben sich die volkswirtschaftlichen Rahmendaten zuletzt weiter verschlechtert. Zwar läuft die Konjunktur nach wie vor recht stabil, Frühindikatoren wie in den USA der Einkaufsmanagerindex ISM sowie in Deutschland der Ifo-Geschäftsklimaindex zeigen eine deutliche Abschwächung der Wachstumsdynamik. Auch die Unternehmensergebnisse haben sich insgesamt etwas abgeschwächt und die Ausblicke haben sich eingetrübt. Für Großbritannien bleiben als große Fragezeichen die Art und Weise sowie der Zeitpunkt des EU-Austritts. Der IWF erwartet für den Fall eines „harten Brexit“ einen BIP-Rückgang Großbritanniens um bis zu 4 %. Die globale Konjunktur steuert nach volkswirtschaftlichen Prognosen in 2019 laut Bloomberg auf ein, im Vergleich zum Vorjahr, geringeres BIP-Wachstum zu (3,5 % nach 3,7 %). Insgesamt ist die Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Kapitalmärkte in 2019 als sehr hoch zu bezeichnen.

Für die globale Konjunktur und die Entwicklung der Kapitalmärkte spielt die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung in den USA, nachdem der Aufschwung nun schon über acht Jahre anhielt, und in China (hier sind neben dem Handelskonflikt mit den USA insbesondere die In-

landsnachfrage und die Unternehmensverschuldung zu beachten) aus Sicht der DEVK eine bedeutende Rolle. Zusätzlich kommen in Europa der – zum Zeitpunkt der Berichterstellung – völligen Unklarheit über den endgültigen Brexit-Prozess, der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung in Italien, einer möglichen Verschärfung der Geldpolitik der EZB sowie möglichen weiteren Wahlerfolgen von populistischen Parteien große Bedeutung zu.

Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2019 bei deutlich steigendem Kapitalanlagebestand ein deutlich höheres absolutes Ergebnis. Durch den im Vergleich zum Bestandszins niedrigen Zins für Neu- und Wiederanlagen, steigt unserer Einschätzung nach die Nettoverzinsung in 2019 nur leicht.

Wir rechnen damit, auch in dem kommenden Jahr an das zufriedenstellende Ergebnis aus 2018 anschließen zu können.

Chancenbericht

Infolge der Zunahme von tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Lösungen zur betrieblichen Altersversorgung besteht für uns als Branchenversorgungswerk weiterhin ein gutes Wachstumspotential.

Unsere Nähe zur Deutschen Bahn AG und zum Verkehrsmarkt bietet vielfältige Möglichkeiten für eine positive Entwicklung unserer Gesellschaft.

Mit der Einbettung unserer Gesellschaft in einen Versicherungskonzern, der umfassenden Versicherungsschutz bietet, werden spartenübergreifende Synergieeffekte genutzt.

Die DEVK Pensionsfonds-AG ist mit ihren Produkten gut für die künftigen Herausforderungen des Marktes gerüstet.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Versicherungsunternehmen (MaGo) entsprechend, wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Hinsichtlich des innerhalb der DEVK-Gruppe eingesetzten Risikomanagementsystems zur frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung verweisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht des DEVK Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.

Pensionsfondstechnische Risiken

In einem Pensionsfonds sind dies im Wesentlichen das biometrische Risiko, das Zinsgarantierisiko (Mindestleistung) und das Kostenrisiko.

Das biometrische Risiko besteht darin, dass sich die in den Pensionsplänen verwendeten Rechnungsgrundlagen, z. B. Sterbewahrscheinlichkeiten, im Laufe der Zeit verändern.

Für laufende Leistungen wird seit dem Jahr 2014 zur Stärkung der Sicherheitsmargen eine biometrische Nachreservierung vorgenommen.

Für neu beginnende Leistungen wurde ein Übergang auf Sterbetafeln mit höheren Sicherheiten vollzogen, so dass dem Langlebigkeitsrisiko auch künftig angemessen Rechnung getragen wird. Der Übergang erfolgte dabei in Abstimmung mit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und mit Zustimmung eines unabhängigen Treuhänders. Die ansonsten verwendeten Wahrscheinlichkeitstabellen enthalten nach heutiger Sicht ausreichende Sicherheitsmargen.

Das biometrische Risiko wird durch das Unisex-Urteil des EuGH vom 21. Dezember 2012 zusätzlich beeinflusst, da die Bestandszusammensetzung nach Geschlecht (Mischungsverhältnis) zum weiteren Kalkulationsparameter geworden ist. Das Mischungsverhältnis wurde vorsichtig gewählt, wird regelmäßig überprüft und enthält nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars ausreichende Sicherheitsmargen.

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die in den Pensionsplänen garantierten (Mindest-) Leistungen auf Grund eines sehr niedrigen Zinsniveaus nicht mehr finanziert werden können.

Im Geschäftsjahr 2018 wurde gemäß § 23 Abs. 3 PFAV eine zusätzliche Deckungsrückstellung auf der Basis des vorgegebenen Referenzzinses gebildet (Zinszusatzreserve). Der maßgebliche Referenzzins beträgt zum 31. Dezember 2018 2,09 %. Daher wurde die Zinszusatzreserve für Verträge mit einem Garantiezins von mindestens 2,25 % gebildet. Die Anforderung zur Bildung einer Zinszusatzreserve gilt formal für Anwärter und Rentner gleichermaßen, aktuell ist jedoch die Bildung einer Zinszusatzreserve ausschließlich für den Rentnerbestand erforderlich. Wir gehen davon aus, dass diese zusätzliche Deckungsrückstellung in den kommenden Jahren – auch bei steigenden Zinsen im Markt – weiter ansteigen wird.

Zurzeit liegen ausreichende Sicherheitsmargen vor. Wir gehen davon aus, dass – aus heutiger Sicht – auch zukünftig ausreichende Sicherheitsspannen gegeben sind.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass in diesem sowie auch in den vergangenen Jahren hohe Kapitalanlageergebnisse erzielt worden sind, so dass die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen weiteren Puffer darstellen.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen wird sichergestellt, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist ein zusätzliches Ausgleichs- und Stabilisierungspotenzial durch die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gegeben.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die rechnermäßigen Kosten übersteigen. Für Verträge in der Anwartschaft ist auf Grund der vertraglichen Regelungen davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten voraussichtlich auf Dauer gedeckt werden können.

Für Alt-Verträge mit laufender Rentenzahlung wird seit 2013 eine Kostennachreservierung vorgenommen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass aus Verträgen mit laufender Rentenzahlung langfristig ausreichende Kosteneinnahmen generiert werden. Die Kostensituation der DEVK Pensionsfonds-AG wird auch zukünftig intensiv beobachtet und analysiert werden.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versorgungsberechtigten und Vermittlern nicht. Der Pensionsfonds hat vertraglich keinen Anspruch auf einen bestimmten Beitrag.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Zins-, Aktien- oder Wechselkursentwicklungen (Marktpreisrisiken),
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Im Bereich der Kapitalanlagen wurden in 2018 die Vorschriften der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) beachtet. Dem bestehenden Kurs- und Zinsrisiko wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch sehr strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldnern bestehen. Durch eine Anlehnung der Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen an die Verpflichtungen ist ein ausreichender Liquiditätszufluss gewährleistet.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2018 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Der Kapitalanlagestresstest überprüft, ob der Pensionsfonds trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für den Pensionsfonds. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt. Da bisher nicht in Immobilien investiert wurde, greift das Stress-Szenario auf Immobilien nicht.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2018 die folgenden Maßnahmen:

- Hedging von Ausfallrisiken italienischer und spanischer Staatsanleihen über CDS-Kontrakte
- Konsequente Ausrichtung der Kapitalanlagen anhand der Fristigkeit der passivseitigen Verpflichtungen

Signifikante Liquiditätsrisiken liegen auf Grund der besonderen Konstruktion des Pensionsfonds nicht vor. Eine detaillierte mehrjährige Kapitalanlageplanung wird regelmäßig erstellt.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2018 beträgt der Zinsblock des Pensionsfonds 836,3 Mio. €. Insgesamt sind 652,8 Mio. € als direkt gehaltene Inhaberpapiere (inkl. der auf eigene Rechnung gehaltenen Rentenfonds) bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Im Zinsblock enthalten sind reine Rentenfonds, die vorgehalten werden, um hieraus den Anspruchsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Inhaberpapiere im Volumen von 651,7 Mio. € haben wir dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Diese Kapitalanlagen weisen eine positive Bewertungsreserve in Höhe von 123,4 Mio. € aus. Darin enthalten sind stille Lasten in Höhe von 4,5 Mio. €. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/-1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -138,5 Mio. € bzw. 169,9 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in dem Anlagevermögen gewidmeten Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzins auf Grund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Im Übrigen weisen die Wertpapiere aktuell stille Reserven aus, die zunächst abgebaut würden. Ausnahme hiervon sind Wertverluste auf Grund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten.

Die Kapitalanlage für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds orientiert sich an den Laufzeiten der Passivseite (Durationsmatching) und erfolgt überwiegend in Staatsanleihen. Darin enthalten sind auch Staatsanleihen aus Spanien und Italien. Der Buchwert der in Spanien investierten Wertpapiere (inkl. Rentenfonds auf eigene Rechnung) betrug zum 31. Dezember 2018 16 Mio. €, der Marktwert 21 Mio. €. Für die in Italien getätigten Investitionen betrug der Buchwert 26 Mio. €, der Marktwert 30 Mio. €. Die spanischen und italienischen Staatsanleihen wurden teilweise über Credit Default Swaps abgesichert.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf (Vorjahr):

AA und besser	94,5 %	(93,2 %)
A	2,5 %	(0,6 %)
BBB	3,1 %	(6,2 %)
BB und schlechter	0,0 %	(0,0 %)

Die Ratingverteilung des Pensionsfonds für „AA und besser“ blieb gegenüber dem Vorjahr etwa gleich. Durch das Upgrade der im Bestand befindlichen spanischen Staatsanleihen in 2018 ist die Ratingklasse „A“ leicht gestiegen. Wir werden bei Neu- und Wiederanlagen weiterhin ausschließlich in Zinspapieren hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Am Bilanzstichtag waren 4,4 Mio. € in Aktienfonds investiert, die vorgehalten werden, um hieraus den Anspruchsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot).

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, externen Einflussfaktoren, mitarbeiterbedingten Vorfällen und Veränderungen rechtlicher Rahmenbedingungen. Ein wirksames Risikomanagement der operationellen Risiken wird durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems (IKS) sichergestellt. Außerdem liegt das besondere Augenmerk der halbjährlich durchgeführten Risikoinventur auf den operationellen Risiken. Die Angemessenheit und Wirksamkeit der internen Kontrollen wird durch die Interne Revision überwacht.

Die Arbeitsabläufe der DEVK erfolgen auf der Grundlage innerbetrieblicher Leitlinien. Das Risiko mitarbeiterbedingter Vorfälle wird durch Berechtigungs- und Vollmachtenregelungen sowie eine weitgehend maschinelle Unterstützung der Arbeitsabläufe begrenzt.

Im EDV-Bereich sind Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen getroffen, die die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs gewährleisten. Die IT-Infrastruktur ist für das Katastrophenfall-Szenario redundant ausgelegt. Wiederanlauf-Tests werden regelmäßig durchgeführt. Die Verbindung zwischen den internen und externen Netzwerken ist dem aktuellen Standard entsprechend geschützt.

Das Notfallmanagement baut auf einer betriebstechnischen Notfallanalyse auf. Sie beschreibt die Ziele und Rahmenbedingungen zur Vorsorge gegen Notfälle und Maßnahmen zu deren Bewältigung.

Rechtliche Risiken gehören auch zu den operationellen Risiken. Die DEVK hat ein Compliance Management System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.

Insgesamt können wir zurzeit keine Entwicklung erkennen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 15. März 2019

Der Vorstand

Gallus

Großmann

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2018

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	115.313	40.589
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	10.759	3.713
2. sonstiger Zugang	20	2
3. gesamter Zugang	10.779	3.715
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	286	49
2. Beginn der Altersrente	1.972	710
3. Invalidität	215	61
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	1.660	562
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	120	31
7. sonstiger Abgang	66	25
8. gesamter Abgang	4.319	1.438
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	121.773	42.866
davon:		
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	121.773	42.866
4. beitragsfreie Anwartschaften	-	-
5. in Rückversicherung gegeben	-	-
6. lebenslange Altersrente	-	-
7. Auszahlungsplan mit Restverrentung	-	-

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Tsd. €	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten		
						Witwen Tsd. €	Witwer Tsd. €	Waisen Tsd. €
2.074	618	1.661	135	28	8	108	21	3
507	184	394	19	8	-	13	6	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
507	184	394	19	8	-	13	6	-
34	6	22	1	2	-	1	1	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
1	-	-	-	-	1	-	-	-
2	-	1	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
37	6	23	1	2	1	1	1	-
2.544	796	2.032	153	34	7	120	26	3
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
2.196	690	1.660	-	-	-	-	-	-
133	33	105	-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2018

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		91.850		156
II. geleistete Anzahlungen		<u>3.391</u>		2
			95.241	158
B. Kapitalanlagen				
– Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		5.479.845		3.055
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		651.719.078		637.310
3. Sonstige Ausleihungen				
– Namensschuldverschreibungen		183.456.579		85.658
4. Andere Kapitalanlagen		<u>94.421</u>		226
			840.749.923	726.249
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
– Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			264.787.850	293.131
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:				
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte		163.708		147
2. Vermittler		<u>196.008</u>		166
			359.716	313
II. Sonstige Forderungen		<u>2.559.944</u>		8
davon:				
an verbundene Unternehmen: 1.442.856 €			2.919.660	321
				-
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		102.794		36
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>132.943</u>		114
			235.737	150
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		425.087		404
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>9</u>		-
			425.096	404
Summe der Aktiva			1.109.213.507	1.020.413

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000	5.000
II. Kapitalrücklage		8.153.766	8.154
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	500.000		500
2. andere Gewinnrücklagen	680.000		680
		<u>1.180.000</u>	1.180
		14.333.766	14.334
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		796.241.187	681.555
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle		1.259.834	2.269
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		<u>31.749.922</u>	27.338
		829.250.943	711.162
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Deckungsrückstellung		264.787.850	293.131
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		156.480	147
II. Steuerrückstellungen		265.414	266
III. Sonstige Rückstellungen		<u>50.912</u>	76
		472.806	489
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber			
– Arbeitgebern		159.508	193
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>208.634</u>	1.104
davon:			1.296
gegenüber verbundenen Unternehmen: 200.000 €		368.142	1.095
Summe der Passiva		1.109.213.507	1.020.413

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten Passiva B. I. und C. eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 1.061.029.037,48 € unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Köln, 14. März 2019

Der Verantwortliche Aktuar

Lammert

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2018

Posten	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Pensionsfondstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
– Gebuchte Beiträge	142.328.308	134.293
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	2.893.451	2.621
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	18.218.218	22.832
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>7.090.740</u>	3.341
	25.308.958	26.173
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen	-	21.271
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge	2.220.430	2.096
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle		
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	23.613.822	24.681
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	<u>-1.008.998</u>	1.081
	22.604.824	25.762
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen		
– Deckungsrückstellung	-86.343.168	-147.383
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	7.304.874	9.664
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	1.315.451	1.608
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>1.802.885</u>	1.268
	3.118.336	2.876
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	452.261	657
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	553.221	440
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	<u>1.284.642</u>	42
	2.290.124	1.140
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	50.417.005	377
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen	367	1
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis	672.449	-748
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	315.877	1.014
2. Sonstige Aufwendungen	<u>787.617</u>	695
	-471.740	319
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	200.709	-429
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-	-632
5. Sonstige Steuern	<u>709</u>	3
	709	-629
6. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	200.000	200
7. Jahresüberschuss	-	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
– in die gesetzliche Rücklage	-	-
9. Bilanzgewinn	-	-

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, der Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet werden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Zero-Namenschuldverschreibungen wurden mit ihren Anschaffungskosten, zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs, aktiviert.

Die **anderen Kapitalanlagen** beinhalten ausschließlich Credit Default Swaps, die zu Anschaffungskosten bewertet wurden.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde gemäß § 341 Abs. 4 Satz 2 und § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet und in einem gesonderten Posten ausgewiesen. Auf Grund der Bestimmungen in den Pensionsplänen wurde der Wert entsprechend der Verpflichtung des Pensionsfonds im Versorgungsfall angesetzt.

Die **Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft** sind zu Nennwerten bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden hauptsächlich die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, berechnet. Die Berechnung erfolgte unter Beachtung der Vorschriften des § 341f HGB und des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG sowie den zugehörigen Regelungen der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV). Die Deckungsrückstellung wurde grundsätzlich unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Für Verträge im Rentenbezug erfolgte eine Nachreservierung bezüglich zukünftiger Verwaltungskosten sowie eine biometrische Nachreservierung. Die Deckungsrückstellung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt, die übrige Deckungsrückstellung nach der prospektiven Methode. Die Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) für Anwärter wurde prospektiv mit einem vom Zeitpunkt des Vertragsbeginns abhängigen Rechnungszins zwischen 0,9 % und 3,25 % ermittelt; die Mindestdeckungsrückstellung für laufende Renten wurde prospektiv je nach Rentenbeginn mit einem Rechnungszins zwischen 0,9 % und 2,25 % ermittelt. Es wurden modifizierte HEUBECK-Richttafeln 2005 G sowie DAV-Sterbetafeln 2004 R verwendet.

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln ermittelt. Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte gemäß § 15 Abs. 5 und 6 RechPensV. Der Diskontierungszinssatz beträgt 1,4 % p. a.

Die Beträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** wurden für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle einzeln ermittelt. Die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle wurden auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit geschätzt. Noch nicht abgewickelte beendete Pensionsfondsverträge und Versorgungsverhältnisse wurden ebenfalls berücksichtigt. Die Rückstellung enthält auch Beträge für die Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** erfolgte gemäß der Satzung, den gesetzlichen Regelungen und den Bestimmungen zur Überschussbeteiligung in den Pensionsplänen.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der bisher gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 10-jähriger Durchschnitt festgelegt. Er wurde mit 3,21 % (Vorjahr 3,68 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet.

Die Gehaltsdynamik wurde mit 1,95 % p. a., die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 1,0 %, 1,7 % bzw. 2,4 % p. a. angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen auf Grund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. - im Geschäftsjahr 2018

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	157	10	1	-	-	76	92
2. geleistete Anzahlungen	2	2	-1	-	-	-	3
3. Summe A.	159	12	-	-	-	76	95
B. - Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	3.055	33.811	-	30.833	-	553	5.480
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	637.310	25.686	-	11.277	-	-	651.719
3. Sonstige Ausleihungen							
- Namensschuldverschreibungen	85.658	110.500	-	12.701	-	-	183.457
4. Andere Kapitalanlagen	226	-	-	132	-	-	94
5. Summe B. -	726.249	169.997	-	54.943	-	553	840.750
insgesamt	726.408	170.009	-	54.943	-	629	840.845

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände handelt es sich um planmäßige Abschreibungen.

Entwicklung der im Aktivposten C. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2018

Aktivposten	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Nicht realisierte Gewinne Tsd. €	Nicht realisierte Verluste Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern							
- Sonstige Kapitalanlagen							
- Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	293.131	285.485	-	263.411	-	50.417	264.788
insgesamt	293.131	285.485	-	263.411	-	50.417	264.788

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2018 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. - Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht verzinsliche Wertpapiere	5.479.845	5.481.215
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	651.719.078	775.095.130
3. Sonstige Ausleihungen - Namensschuldverschreibungen	183.456.579	179.041.267
4. Andere Kapitalanlagen	94.421	-53.265
insgesamt	840.749.923	959.564.347
davon: zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	806.949.924	927.136.396
davon: Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	651.719.078	775.095.130

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 11,7 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen und andere Kapitalanlagen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Sowohl die Dividendenpapiere als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen wurden gemäß § 36 RechPensV i. V. m. § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu jeweils marktüblichen Konditionen ermittelt.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Wertpapiere des Anlagevermögens	85.419	80.925
Sonstige Ausleihungen	110.283	103.265

Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 und 6 HGB wurden unterlassen, da beabsichtigt ist, diverse Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten bzw. nur von einer vorübergehenden Wertminderung ausgegangen wird.

Derivative Finanzinstrumente und Vorkäufe gemäß § 285 Nr. 19 HGB

	Art	Nominaler Umfang Tsd. €	Buchwert Prämie Tsd. €	beizulegender Wert der Prämie Tsd. €
Andere Kapitalanlagen	Credit Default Swaps	14.000	94	-53

Bewertungsmethode

Credit Default Swaps: Bewertungsmodell von J.P. Morgan

Zu Aktiva C.**Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern**

	Anteileinheiten Anzahl	Bilanzwert €
Monega Rentenfonds	441.543	22.704.128
Monega Aktienfonds	5.254.791	242.083.722
insgesamt		264.787.850

Zu Aktiva F.**Rechnungsabgrenzungsposten**

noch nicht fällige Zinsforderungen	425.087 €
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	9 €
	425.096 €

Zu Passiva A. I.**Gezeichnetes Kapital**

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 5.000.000 € ist in 5.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva B. I. und C.**Deckungsrückstellung**

Für Verpflichtungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wurden Deckungsrückstellungen in Höhe von insgesamt 1.061.029.037 € gebildet. Davon waren 264.787.850 € im Posten „Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ auszuweisen. Die prospektiv ermittelte Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) beträgt 726.243.873 €. Damit schließt die bilanzierte Deckungsrückstellung die Mindestdeckungsrückstellung ein.

Zu Passiva B. III.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand 31.12.2017	27.338.499 €
Entnahme	2.893.451 €
Zuführung	7.304.874 €
Stand 31.12.2018	31.749.922 €

Zusammensetzung	Tsd. €
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	3.358
Schlussüberschussanteile	910
Schlussüberschussanteilfonds	15.226
ungebundener Teil	12.256

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge		
– laufende Beiträge	101.539	94.509
– Einmalbeiträge	40.789	39.784
gebuchte Beiträge		
– mit Gewinnbeteiligung	142.328	134.293
gebuchte Beiträge		
– beitragsbezogene Pensionspläne	142.328	134.293

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	406	402
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	-	-
3. Löhne und Gehälter	33	32
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	3	-
insgesamt	442	434

Es existierten keine Rückversicherungsverträge.

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit Ausnahme der Zinszuführung wird der DEVK Pensionsfonds-AG belastet.

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 33.496 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 7.652 €. Für diesen Personenkreis war

am 31. Dezember 2018 eine Pensionsrückstellung von 144.865 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 32.667 €. Die Beiratsbezüge betragen 24.253 €.

Erträge aus Kapitalanlagen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	17.694	16.397
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	230	2.627
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	524	6.435
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	6.861	714
insgesamt	25.309	26.173

Aufwendungen für Kapitalanlagen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	446	653
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	553	441
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	661	33
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	6	4
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	624	9
insgesamt	2.290	1.140

Seit dem Geschäftsjahr 2015 werden die Beiträge an den Pensions-Sicherungs-Verein direkt durch die Arbeitgeber vorgenommen.

Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag 20.098 € (Vorjahr 17.865 €) und resultiert aus der Pensionsrückstellung.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Die DEVK Pensionsfonds-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 36041 eingetragen.

Die Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die Angaben zu den Abschlussprüferhonoraren sind gemäß § 285 Nr. 17 HGB im Konzernanhang enthalten.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die von uns eingesetzten Rechnungsgrundlagen in der Prämienkalkulation tragen den Erfordernissen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes Rechnung. Nähere Hinweise zur Berücksichtigung des Geschlechts als Faktor der Risikobewertung bei der Prämienkalkulation finden sich unter www.aktuar.de.

Überschussbeteiligung der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger

Die Versorgungsanwärter und die Versorgungsempfänger werden gemäß den Festlegungen in den jeweiligen Pensionsplänen an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Dazu werden gleichartige Verträge in Risikoklassen zusammengefasst und diesen die entstandenen Überschüsse verursachungsgerecht zugeordnet.

Der einzelne Vertrag erhält Anteile an den Überschüssen seiner zugehörigen Risikoklasse.

Die Überschüsse werden wie folgt verwendet:

Versorgungsanwartschaften

Die fälligen Überschussanteile werden dem Anlagestock zugeführt und erhöhen damit die Anzahl der Anteilseinheiten für den Vertrag.

Versorgungen im Leistungsbezug

Die fälligen Überschussanteile werden zur Erhöhung der (laufenden) garantierten Versorgungsleistung verwendet. Diese Erhöhungen sind ihrerseits wiederum überschussberechtigigt.

In Abhängigkeit von dem zugrunde liegenden Tarif sowie dem Vertragsstatus wird folgende Überschussbeteiligung für das Geschäftsjahr 2019 festgelegt:

Versorgungsanwartschaften

Die Versorgungsanwartschaften erhalten folgende Überschussbeteiligung:

Tarife	Grundüberschussanteil	Risikoüberschussanteil		Zinsüberschussanteil	Schlussüberschussanteil
		ergänzende Erwerbsminderungsrente	ergänzende Hinterbliebenenrente		
		in % des überschussberechtigigten Beitrags	in % des überschussberechtigigten Risikobeitrags		
DB2, DB2U, DB2_1, DB2U_1, VM1, VM1U	0,7	54,0	54,0	0,0	2,4
TAV/NE/02, TAVU/NE/02	0,9	-	-	0,0	2,6
TAV/02, TAVU/02	0,9	-	-	0,0	2,6

Versorgungen im Leistungsbezug

Die laufenden Renten aller Tarife erhalten in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns und der Leistungsart einen Zinsüberschussanteil in folgender Höhe:

Rentenbeginn	Leistungsart	Zinsüberschussanteil in % des maßgebenden Deckungskapitals
bis 31.12.2011	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	1,65 ²
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	1,65 ²
01.01.2012 – 31.12.2014	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	2,15 ²
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	2,15 ²
01.01.2015 – 31.12.2016	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	2,65 ²
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	2,65 ²
01.01.2017 – 31.12.2017	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	3,00
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	3,20 ³
ab 01.01.2018	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	3,00
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	3,00

¹ inkl. einer evtl. eingeschlossenen Hinterbliebenenrentenanwartschaft.

² Die Überschüsse werden zur Gegenfinanzierung einer biometrischen Nachreservierung verwendet.

³ inkl. einer Sonderausschüttung in Höhe von 0,2 % des maßgebenden Deckungskapitals.

Grund- bzw. Risikoüberschussanteile werden nicht gewährt.

Köln, 15. März 2019

Der Vorstand

Gallus

Großmann

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Pensionsfonds-Aktiengesellschaft, Köln

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2018 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 geprüft.

Die im Lagebericht enthaltenen lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2018 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2018 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten lageberichts-fremden Angaben.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die im Lagebericht enthaltenen lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften

zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus:

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 5. April 2019

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Klitsch
Wirtschaftsprüfer

Happ
Wirtschaftsprüferin

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2018 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft. Er hat in zwei Sitzungen des Aufsichtsrats getagt und beraten sowie zwei Telefonkonferenzen abgehalten und sich dabei über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2018 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts seitens des Aufsichtsrats ergab ebenfalls keine Beanstandungen. Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss 2018, der damit festgestellt ist.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 6. Mai 2019

Der Aufsichtsrat

Zens

Vorsitzender